

PLENUM AKTUELL

7. – 9. Juli 2009

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Alarmstimmung bei Kommunen – Sonderopfer in Höhe von 400 Mio. Euro

CDU/FDP:

Die Landesregierung will die hessischen Kommunen ab dem Jahr 2011 mit einem Sonderopfer von 400 Mio. Euro jährlich belasten, um ihre maroden Finanzen noch irgendwie zu retten. Hierzu haben auch die kommunalen Spitzenverbände - über alle Parteigrenzen hinweg - ganz klar Position bezogen. So sagte der Präsident des Hessischen Städtetags Möller (CDU): „*Einen Mittelentzug von 400 Mio. Euro werden Hessens Kommunen nicht verkraften*“. Der Hessische Städte- und Gemeindebund *sieht die Daseinsvorsorge gefährdet* und der Landkreistag spricht *von einem Megakonflikt im Verhältnis des Landes zu den Landkreisen, Städten und Gemeinden*.

SPD:

Wir haben einen Antrag zum geplanten Sonderopfer der Kommunen eingebracht, um das drohende Unheil für die kommunale Familie doch noch zu verhindern. Denn die Leidtragenden des kommunalen Sonderopfers wären die Bürger, weil zunächst alles gefährdet wird, was als so genannte freiwillige Leistung gilt: die Vereinsförderung, der Sport, die Kultur und soziale Leistungen. Aber auch an den Pflichtleistungen kann diese Quasi-Enteignung der Kommunen nicht spurlos vorübergehen. Das bürgerschaftliche Leben in den Städten, Gemeinden und Kreisen wird massiv leiden. In zehn Jahren wurden den Kommunen hunderte Millionen Euro vorenthalten oder abgenommen.

Einige Beispiele:

- 36 Mio. Euro Kürzung bei der Volkshochschulfinanzierung
- 500 Mio. Euro durch Streichung der Verstärkungsmittel für Kitas
- 200 Mio. Euro wurden dem Investitionsfonds entzogen
- 153 Mio. Euro als Solidarbeitrag für den Landeshaushalt
- Die Dorferneuerungsmittel wurden gekürzt
- Hinzu kommen noch finanzpolitische Falschspielereien, wie das „Bambini-Programm“ in Höhe von 100 Mio.

Die Landesregierung verrät die Interessen der kommunalen Familie und wir prophezeien, dass es flächendeckende Proteste geben wird, wenn Koch und Weimar nicht von ihrem Vorhaben ablassen. Die Repräsentanten der Kommunen sind von Natur aus nicht auf Konflikte aus, sondern suchen nach gütlichen Lösungen. Aber was zuviel ist, ist zuviel. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen gegen den erneuten Griff in die kommunalen Kassen kämpfen.

Einfach zynisch! Ein Zitat von Finanzminister Weimar:

„Die Kommunen haben also gewaltige Geldzuflüsse gehabt.“

Heftige Kritik an Kultusministerin – auch die CDU ist wenig amüsiert

CDU/FDP:

Fünf Monate nach Amtsantritt muss man feststellen, dass Henzler in vielen Fragen nahtlos an ihre gescheiterte CDU-Vorgängerin Wolff anknüpft. Das gilt insbesondere für ihren schlechten Stil im Umgang mit den Elternvertretern und ihre ignorante Haltung gegenüber aufkommender Kritik.

SPD:

Von Henzlers Bildungspolitik sind viele enttäuscht. Man ist wieder dort angelangt, wo Wolff aufgehört hat. Schüler und Studierende werden beschimpft, wenn sie gegen die Folgen von G8 und gegen ein selektives Schulsystem protestieren, statt ihnen zuzuhören. Und zweizügige Gesamtschulen darf es in Hessen nicht geben, weil es nicht ins schulpolitische Weltbild der CDU passt. Henzler, die die Begriffe Eigenverantwortung und Freiheit der Schulen ständig im Munde führt, schert sich wenig um ihre eigenen Lehrsätze, wenn Schulen und Schulträger nicht ihrer Meinung sind. Die Bereitschaft, Schulen in die Freiheit zu entlassen, endet dort, wo Schulen neue Wege gehen wollen, wenn sie auf Noten verzichten wollen oder ernst machen mit neuen pädagogischen Konzepten zur individuellen Förderung, die nicht ins Weltbild der Ministerin passen.

<p>Wer die Anliegen der Schulgemeinde nicht ernst nimmt, scheitert als Kultusministerin.</p> <p>Diese Ignoranz ist besonders nach dem Debakel um die Prüfungs-pannen beim Mathe-Abitur erkennbar gewesen. Auch das unentschuldigte Fehlen Henzlers beim Landes- elternbeirat fällt in diese Kategorie.</p>	<p>Dank unserer Argumentation im Ausschuss und erheblichen Elternprotesten konnten die angekündigten Klassenzusammenlegungen an der Grundschule gestoppt werden. Henzler ruderte glücklicherweise zurück und kündigte an, dass es nun doch keine Klasse über 25 durch Klassenzusammenlegung geben wird.</p> <p>Aber die unflexible, zentralistische Stundenzuweisung aus dem Kultusministerium bleibt. Gerade kleine Grundschulen mit Kombiklassen leiden darunter, da Ihnen bis zu 20% der Lehrerwochenstunden gestrichen wurden. Die Schulämter konnten diesen Schulen bisher noch zusätzliche Stunden zuweisen; diese Flexibilität wurde genommen und damit in Kauf genommen, dass kleine Grundschulen auf dem Land schließen müssen.</p>
---	--

Schwarz-Gelb kippt Internationale Bauausstellung

CDU und FDP haben die geplante Internationale Bauausstellungen (IBA) im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main mit der Begründung gekippt, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts Vorrang habe. Wir kritisieren das „Aus“ für die IBA, weil damit Zukunftschancen verspielt werden. Auch Wirtschaft, Handwerk und Städte wie Frankfurt und Wiesbaden unterstützten den Plan einer Bauausstellung. Die IBA wäre ein geeignetes Projekt gewesen, nach außen an Profil zu gewinnen und nach innen für mehr Identifikation zu sorgen. Andere große Regionen in Deutschland und Europa tun dies längst. Das Argument, es gebe in der Krise für die IBA kein Geld, ist absurd, denn das Rhein-Main-Gebiet ist eine der reichsten Regionen in der Welt. Es ist in unseren Augen auch nur ein vorgeschobenes Argument, weil man sich CDU/FDP intern nicht über die Konzeption einigen konnte.

Aktuelle Stunde / Biblis: Alte Atomkraftwerke endlich stilllegen

CDU/FDP:
 Die Landesregierung verschleiert die Risiken und die Mängel der hessischen Meiler. So wurde die Öffentlichkeit bewusst in die Irre geführt, ob Biblis gegen den Absturz von Flugzeugen geschützt ist oder nicht. Die CDU fährt mit ihrer sturen Forderung nach längeren Laufzeiten einen hochgefährlichen Kurs. Spätestens nach der Pannenserie in Krümmel müssten selbst die verbohrtesten Kernkraftbefürworter einsehen, dass Laufzeitverlängerungen oder gar der Neubau von Atomkraftwerken der falsche Weg sind. Die CDU stützt die Atomlobby. Es geht um Profit und um sonst nichts.

SPD:
 Die neuerlichen Pannen im Atomkraftwerk Krümmel erneuert, dass alte Atomkraftwerke endlich abgetet werden müssen. Die Atomkraftwerke Biblis A müssen endlich stillgelegt werden. Es ist unglaublich, wie der Krümmel-Betreiber Vattenfall mit den Risiken der Atomenergie umgeht. Es wird vertuscht und verschleiert, und behördliche Auflagen werden schlichtweg ignoriert. Genau wie das auch RWE in Biblis macht. Auch in Biblis ist klar gegen den Bauplan verstoßen worden und Sumpfsiebeinlässe gebaut worden, die nicht genehmigt waren. Auch in Biblis ist ein Ereignis von besonderer Schwere im Jahr 1987 verschwiegen worden. Und bei der Kontamination der Castoren wurde die Öffentlichkeit von RWE in die Irre geführt.

Die beiden Blöcke A und B des südhessischen Atomkraftwerks Biblis gehören zu den ältesten noch laufenden Reaktoren in Deutschland. Ihre Betonhüllen sind dünn, es fehlt eine externe Notstandswarte, die bei Unglücken eine Steuerung von außen ermöglicht. Die Gesamtkonzeption ist veraltet und entspricht nicht mehr dem neuesten Stand.

Die Risiken der Atomenergie sind nicht akzeptabel, die Endlagerung ist bis heute ungesichert, und es gibt ein erhebliches Risiko des Missbrauchs der Atomenergie. Zudem besteht ein erhebliches Risiko bei terroristischen Angriffen. **Aus all diesen Gründen müssen wir aus der Atomenergie aussteigen und massiv in Erneuerbare Energien einsteigen!**



verdeut- geschal- und B

Für die bevorstehende Ferienzeit wünschen wir Sonnenschein, gute Laune und viel Zeit zum Kraft tanken. Lasst es Euch richtig gut gehen!